

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 23 (2003)
Heft: 44

Artikel: Geschlechterpolitik im Neoliberalismus
Autor: Pühl, Katharina
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651760>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Geschlechterpolitik im Neoliberalismus

Gender Mainstreaming (im folgenden GM) als politische Strategie der ausgleichenden Geschlechtergerechtigkeit ist seit noch nicht ganz zehn Jahren auf der Agenda der europäischen und damit auch der deutschen Politik. Wenn sie an dieser Stelle zur Diskussion¹ gestellt wird, dann mit der Frage nach den widersprüchlichen Effekten, Möglichkeiten und Begrenzungen, die GM als geschlechterpolitisches Instrument einerseits und als wenig genau gefasste Politik mit universalerem Horizont andererseits mit sich bringt. So einfach die Definition für die Zielstellung von GM formuliert ist², so allgemein bleibt sie doch auch. Ich möchte die *These* vertreten, dass nur eine Perspektive, die soziale Verhältnisse als Kontext von GM einbezieht, die konkreten Möglichkeiten, vor allem aber Grenzen von GM-Strategien erkennen lässt. Verspricht GM gegenüber „Gleichstellungspolitiken“ eine lange gewünschte Entghettoisierung von ‘Frauenfragen’ und damit die Chance zu mehr Aufmerksamkeit in politischen Debatten? Eher nein. GM trägt dagegen zur ‘zeitgemässen’ Formulierung der gegenwärtigen Geschlechterkompromisse in westlichen Demokratien Europas bei. ‘Kompromiss’ meint hier (im Anschluss an Antonio Gramsci) nicht das Ergebnis einer versöhnlichen Aushandlung sozial divergierender Interessen, sondern die faktische Situation komplexer, widersprüchlicher Artikulationen von Herrschaftsverhältnissen im neoliberalen Kapitalismus, zu denen die Geschlechterverhältnisse m.E. konstitutiv rechnen. Welche geschlechterpolitischen Horizonte öffnen sich durch GM, welche werden geschlossen?

GM ist ein im europäischen Kontext seit ca. 1994 diskutiertes, aber erst seit 1999 rechtsverbindliches Instrument von Geschlechterpolitik³, das auch in Deutschland zunehmend Erwartungen auf sich zieht.⁴ Die skeptische Sicht der Dinge erkennt im GM eine aktualisierte Variante von (auch) nationalstaatlich eingeschriebener Geschlechterpolitik, die zumindest für EU-Mitgliedsländer ihren Rahmen durch den Amsterdamer Vertrag (1997) und damit die Form einer *top-down*-Politik im Zusammenhang mit der weiteren Ausgestaltung der EU erhält.

KritikerInnen sehen denn auch in den bislang entworfenen Konzepten von GM das Risiko, dass politische Forderungen sozialer Bewegungen nach mehr Partizipation in westlichen Demokratien Europas, die das Projekt sozialer Gerechtigkeit anvisierten, in neueren geschlechterpolitischen Instrumenten entschärft und entnannt werden (z.B. Susanne Schunter-Kleemann i.d.B. und dies. 2002). Auch könnte man sagen, dass von den umfassenden Forderungen feministischer Aktivistinnen und Theoretikerinnen im politischen Durchsetzungsprozess nur das übrigbleibt, was (Arbeits-) Marktkompatibel ist. Die Frage ist nun, ob GM als Strategie im Zusammenhang mit der Ablösung und Neuauflage von Programmen, die den Abbau von

Diskriminierungen von Frauen fördern sollten, einen neuen Schritt bedeutet, der auch geschlechterpolitische Gerechtigkeitsvorstellungen und Korrekturen im Rahmen neoliberaler Umgestaltungsprozesse kapitalistischer Ökonomien zu politisieren ermöglicht, die geschlechterrelevante Diskriminierung und Benachteiligungen bewirken. Oder trägt GM im Gegenteil dazu bei, Gleichstellungs- und weitergehende politische Forderungen so einzuholen, dass die soziale Gleichstellung von Frauen in Arbeitsmarkt und Gesellschaft eher stillgestellt als befördert wird und Männlichkeitskonstruktionen bestärkt statt angegriffen werden?

Der jährliche beschäftigungspolitische Aktionsplan (vgl. z.B. 2002) der Bundesregierung forciert seit mehreren Jahren die Beschäftigung von Frauen, die verstärkt auch zur Existenzgründung angeregt werden sollen. Wieweit ist es in diesem Rahmen als gesellschaftlicher Fortschritt zu verstehen, wenn soziale Kompetenzen von Frauen, also namentlich Kommunikationsfähigkeiten, Zugewandtheit, Organisationstalent, als vorbildliche Eigenschaften anerkannt werden, die viel zu lange 'ungenutzt' brachlagen? Wird hier nicht eher ein (persönliches und ökonomisches) Risiko verallgemeinert? Diese Frage verweist auf die gegenwärtigen Verschiebungen des politischen Diskurses: Auf welche Weise er Geschlechterverhältnisse adressiert, lässt erkennen, welchen gesellschaftlichen und ökonomischen „Sachzwängen“ im Sinne politischer Rationalitäten Geschlechterpolitik immer auch unterworfen wird (vgl. auch Lessenich 2003). Sprich: Das sozialstaatlich bezogene Konzept von Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellungspolitiken stellt einen wandelbaren Kompromiss dar, der sich aus Neuem, aber auch Beharrungstendenzen und geschlechterpolitischen Rückschritten ergibt.

Das neoliberale *workfare*-Programm von Rot-Grün⁵ orientiert in den Auseinandersetzungen über seine politische Umsetzbarkeit im Rahmen staatlich regulierter Arbeitsmarktpolitik im deutschen politischen Rahmen zunehmend in Richtung der Plausibilisierung und Legitimation von *weniger* sozialer Gleichheit als Bedingung ökonomischer Reformen. Soziale Risiken werden zunehmend privatisiert. Damit einher geht aber ein Prozess der erneuten „Familiarisierung“ z.B. von nicht-erwerbsförmiger notwendiger Arbeit, die aus dem Zusammenleben mit Kindern und Pflegebedürftigen resultiert – mit einer eindeutigen geschlechtsspezifischen Zuschreibung der Arbeitsteilung. – Mit anderen Worten: Es gibt nur soviel 'Selbstbestimmung' im privaten Bereich, wie die „Sachzwänge“ zulassen. Geschlechterstrukturelle Asymmetrien gesellschaftlicher Arbeitsteilung werden zwar gemäss neoliberalen neuen 'Bedingungen' bearbeitet, aber nicht grundlegend reflektiert, sondern teils auf neue Weise zum Privatproblem erklärt.

Gegen universale Geschlechterpolitiken: Der Kontext zählt!

Die Entstehung des GM-Konzepts in Kontexten entwicklungspolitischer Zusammenarbeit und, damit verbunden, feministischer Kritik an den Ausblendungen einer „weissen“, von Ländern des Nordens und oft auch vom

männlich planenden Blick dominierten Entwicklungspolitik (vgl. etwa von Braunmühl 2000) darf nicht vergessen werden, wenn wir heute über die für ganz andere gesellschaftliche und politische Zusammenhänge adaptierten Formen von GM nachdenken. Das Konglomerat sehr unterschiedlicher Strategien, die unter GM gefasst werden, wirft die Frage auf, welche davon in Politikprozesse westeuropäischer Staaten übernommen werden können. Die feministische Kritik z.B. an Strukturanpassungsprogrammen der Entwicklungszusammenarbeit ging einher mit derjenigen an neoliberalen Programmatiken, die an Strategien einer „ökonomischen Alphabetisierung“ (Frey u.a. 2002, 76) etwa von Aus- und Fortbildungsprogrammen die vermeintliche Geschlechtsneutralität monetärer Berechnungen (wie Brutto sozialprodukt, Import, Export, Investitionsraten) zur Beurteilung wirtschaftlicher Erfolge und Misserfolge kritisierte. Feministische Ökonominen und Sozialwissenschaftlerinnen argumentierten gegen eine „versteckte Agenda“, ein „konzeptuelles“ oder auch „strategisches“ Schweigen“ (vgl. z.B. Bakker 1994). Initiativen etwa des Gender Budgeting bringen diese verdeckten Strategien der Unsichtbarmachung geschlechterrelevanter Effekte von Staatshaushalten ans Licht. Bislang werden sie noch wenig in Ländern des Nordens angewandt.⁶

Der Transfer von Konzepten aus bestimmten sozialen und politischen Zusammenhängen und historischen Situationen in andere Kontexte wirft neue Fragen nicht nur in Hinsicht auf die Bedingungen ihrer Durchsetzbarkeit auf. Konkret bedeutet dies, dass die sozialen Kämpfe und sozialen Bewegungen, auf deren Grundlage GM als Antwort auf unbefriedigende politische Konstellationen zur Durchsetzung von Fraueninteressen konzipiert wurde, nicht die gleichen sind, auf die das Konzept heute und hier, also in westeuropäischen Staaten, Bezug nehmen kann. Es ist notwendig, sich über die teilweise wesentlich existentiellen bedrohten Lebensbedingungen von Frauen des Südens (in all ihrer Verschiedenheit) und das Fehlen von einklagbaren Rechten klarzuwerden – und damit über ihre „Motivation“, GM als Strategie des Machtkampfs anzuwenden – und gegenüber sehr ungleich mit Macht ausgestatteten „Partnern“ (Weltbank, Hilfsinstitutionen etc.) Forderungen geltend zu machen. Sie haben uns, wenn man an Lateinamerika denkt, die Erfahrung der Neoliberalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse und Verteilungskämpfe bislang voraus.

Die Frage ist also, in welchem Funktionszusammenhang und institutionellen Kontext in westeuropäischen Staaten GM eingesetzt wird. Inzwischen wird es beispielsweise als praktisch angewandtes Lernprinzip zur Verbesserung geschlechterdemokratischer Umgangs-Normen innerhalb einer Organisation (z.B. bereits seit 1997 in der Heinrich-Böll-Stiftung, einer der GRÜNEN nahestehenden Organisation) umgesetzt, die sich gesellschaftsverändernde politische Ziele steckt. Es dient aber auch der Festlegung von Standards der Evaluation von Personalpolitik. GM wird in Kontexten der freien Wirtschaft als betriebsinterne Strategie der Personalbewirtschaftung eingesetzt, die auf die Optimierung des betrieblichen Produkts zielt. GM geht hier ein in die Repräsentation und Aussendarstel-

lung einer Firma oder eines Konzerns und berührt damit die *corporate identity*, das die „korrekten“ betriebs- oder konzerninternen Bedingungen der Führung von Menschen umfasst (vgl. auch Nohr 2002). GM wird trotz widersprüchlicher Erfahrungen weiterhin in grossen einflussreichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit als dreifaches Prinzip für Struktur, Mandat und Kultur der Organisation umgesetzt (von Braumnühl 2000, 141).

Schon an diesen drei plakativen Beispielen erkennt man, dass es strategische Interessen an der Durchsetzung von GM gibt, die von verschiedenen AkteurInnen getragen werden oder zwangsweise getragen werden müssen. Freiwilligkeit ist dabei eine wichtige, aber nicht die entscheidende Voraussetzung zur weitreichenden Implementation von GM. Während beispielsweise deutsche Bundesbehörden durch den politischen Auftrag des Amsterdamer Vertrags von 1997, der die Umsetzung von Gender Mainstreaming-Massnahmen im nationalen Rahmen der EU-Mitgliedsstaaten vorschreibt, genötigt werden können, Rechenschaft über GM-relevante Entwicklungen abzulegen, haben Verbände der Privatwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2001 im Gespräch mit der Bundesregierung eine freiwillige Selbstverpflichtung abgelehnt, die Geschlechtergerechtigkeit flächendeckend in Betrieben und Konzernen anstossen sollte (obwohl dies ein politisches Vorhaben der rot-grünen Regierung in ihrem Regierungsprogramm von 1998 gewesen war). Dies zeigt, dass ungleichzeitige und je nach institutionellem und politisch-kulturellem Kontext unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Akteurskonstellationen die Ausgestaltung von GM-Politiken strukturieren. Ohne staatsinterventionistische Eingriffe haben sie in nicht entgegenkommenden (Organisations-)Kulturen wenig Durchsetzungschancen.

Diese Widersprüche haben einen grösseren gesellschaftspolitischen Rahmen. In Westeuropa haben sich historisch spezifische Geschlechterordnungen in ihrer bürgerlich-kapitalistischen Form entwickelt. Ihr Kennzeichen ist eine relativ weitgehende Gleichheit der Geschlechter auf der *normativen* Ebene politischer und sozialer Rechte (und das z.T. auch noch nicht lange, Bsp. Schweiz!), die aber mit durch Geschlechterstereotype verfestigten Formen asymmetrischer Arbeitsteilung verflochten sind und auf diese Weise *faktisch* die rechtliche, politische und soziale Gleichheit von Frauen unterlaufen.⁷ Feministische Kritikerinnen werden nicht müde, diesen Umstand zu skandalisieren und zu politisieren. Andererseits könnte man sagen, dass der bislang relative Wohlstand in europäischen Wohlfahrts- und Sozialstaaten in der gegenwärtigen Form der Organisation von Geschlechterverhältnissen auch zu einer Stillstellung politischer Forderungen, einem Abflauen der Kritik und Politik sozialer Frauenbewegungen und damit zum Sich-Einrichten in den gegenwärtigen Verhältnissen geführt hat.

Je nachdem, ob ein *Politikleitbild* in allen gesellschaftlichen Bereichen und Belangen die Gleichstellung der Geschlechter anzielt oder eher, wie in geschlechter-konservativen Gesellschaftsentwürfen, auch in Gleichheits-

vorstellungen und -begriffen doch noch den Subtext naturalisierender kultureller Geschlechterdifferenz (und damit ist immer auch eine soziale Potenz gemeint) betont, ergeben sich unterschiedliche Entwicklungsperspektiven gesellschaftlicher Geschlechterpolitiken entlang widersprüchlicher und verschiedener Interessen, die die Aushandlung von Geschlechterverhältnissen in einer Gesellschaft strukturieren.

Claudia von Braunmühl ist der Ansicht, dass in der Debatte um GM und die Institutionalisierung des Gender-Ansatzes „zu wenig nach dem sozialen Akteur der im Konzept von Gender angestrebten Transformation gefragt“ werde (2000, 143). Das Ergebnis innerorganisationeller Prozesse reiche selbst bei äusserster Verausgabung von frauenpolitischen Energien – bestenfalls – zu Geschlechterdifferenzierung und zur Bestimmung von Geschlechterrollen, auch wenn diese Verengung nicht die Massgabe war, mit der die frauenpolitischen Akteurinnen angetreten sind. Jeder Versuch einer weitergehenden Differenzierung unterschiedlicher Fraueninteressen in Konzepten der Hybridität politischer Strategien und Identitäten von latein-amerikanischen feministischen NGOs schlug um in eine reduzierte Form der Artikulation von Frauenbelangen. Zwischen Staatsapparaten, in denen die feministischen Bewegungen ein gewisses Mass an politischer und institutioneller Berücksichtigung für Frauenbelange einklagen konnten, und entwicklungspolitischen Institutionen, die ihre eigenen Gleichstellungspolitiken verfolgen, zerrieb sich die Spezifität der erarbeiteten Konzepte praktisch. „Das neoliberal strukturierte politische Terrain organisierte politische Zugänge und Akzeptanz in einer Weise, die den Gestaltungsraum für feministische Geschlechterpolitik dramatisch verengte. Der Doppelcharakter der Kategorie Gender [also der Geschlechterdifferenzierung und der Überwindung von im Geschlechterverhältnis eingelagerter Herrschaft, K.P.] wurde aufgelöst zugunsten blosser geschlechtsspezifischer Disaggregation sozialer Daten.“⁸

Sichtbar wird aber auch der Doppelcharakter nicht nur der Kategorie Gender, sondern auch neoliberaler Einbindungsstrategien gegenüber emanzipativen Frauenpolitiken aus sozialen Bewegungen, Projekten und NGOs (vgl. auch Frey/Zdunnek 2002): Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird auf emanzipative Beschreibungen Bezug genommen, wird die ursprünglich als Gegen-Wissen formulierte Erfahrung politisch enteignet und zu Gestaltungswissen mit anderer Stossrichtung umformuliert; und dies paradoxerweise oft genau mit Bezug auf „empowerment“-Strategien. Die Enteignung politischer Perspektiven, der Einbau von Wissensbeständen in neoliberale Programme gehören zu einem Ensemble von *Flexibilisierungsstrategien* im politischen neoliberalen Umgang mit Gegen-Wissen, das auf die Subjekte selbst zurückwirkt, aber nicht in ihrem Sinne (Pühl/Schultz 2001). Diesen Strategien stehen hartnäckige Beharrungstendenzen gesellschaftlicher Interessen gegenüber, die auch in Geschlechterasymmetrien bezüglich Anerkennung, Macht, Ausstattung mit Ressourcen und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung ihre Form finden.⁹ Insofern muss die

Umsetzung von GM-Programmatiken als fortdauernder Verhandlungsprozess und nicht als mehr oder weniger lineare Umsetzung politischer Programme verstanden werden.

Praxen: Subjektivierungsweisen, Selbst- und Fremdverhältnisse im Zusammenhang mit Gender Mainstreaming

Wer sind nun die AkteurInnen, die GM einführen und umsetzen und wer diejenigen, auf die sich diese Strategien richten? Agieren sie mit gleichen Interessen? Nimmt man die deklarierten Ziele von GM-Massnahmen ernst, dann zielen sie auf Sensibilisierung gegenüber den sozialen Folgen herrschaftsförmig und asymmetrisch organisierter Geschlechterverhältnisse, die Männer und Frauen betreffen und sind damit an *alle* im jeweiligen institutionellen Kontext gerichtet – aber mit unterschiedlichen Effekten.

In der Praxis liegt die Gefahr, dass GM diskursiv doch wieder als ‘frauen’ spezifische Strategie kodiert wird, weil heteronormativ vermachtete ‘Alltagsgewohnheiten’ dominant sind oder bleiben, die Männlichkeiten als Bezugsmassstab, als Normalfall im Blick haben, diesen Umstand aber gleichzeitig unsichtbar machen. Die (Be-)Handlungsnotwendigkeit scheint dann doch wieder stärker in Hinsicht auf Frauen nahezuliegen; Männer übernehmen damit die Definitionsmacht über Frauen (vgl. Rosenstreich 2001, 29); ein Umstand, der in der Praxis Hürden für die dauerhafte Sicherstellung der Wirkung von GM-Massnahmen aufbaut. Trotzdem interessieren sich inzwischen auch Männerforscher für dieses Thema (vgl. Höyng, Schwerma 2002; vgl. auch Döge 2002 und 2003). Zur männerbündischen Arbeitskultur in Organisationen gehören nach Höyng/Schwerma: heimliche Spielregeln, die Akzeptanz organisieren oder Ablehnung; die nur stufenweise Einweihung in wichtiges Wissen für neue Mitglieder eines Netzwerkes oder Betriebs; Ausgrenzung sozial Unähnlicher (dazu gehört auch Geschlecht als Merkmal); die Definition des Berufs als vollständigem Lebensraum, der kein Aussen kennt bzw. in dem Berufliches und Privates vermischt sind, und eine geschlossene Aussendarstellung (ebd., 56/57). Gegenüber dem Risiko eines sich immer wieder selbst bestätigenden Männlichkeitsbild heben die Autoren die Vorteile hervor, die Männer davon haben könnten, sich von dieser Norm zu verabschieden: Männer könnten mehr Kontakt zur Familie halten, wenn sie Beruf und Familie nicht stark trennen müssten/würden; „berufliche Übererfüller“ könnten ihre seelische und körperliche Gesundheit stärken; ihr Sterberisiko mindern; Männerförderung könnte auch Männer in Frauenberufen fördern.

Unabhängig von dieser positiv besetzten Sicht auf eine Öffnung starrer und rigider Manager-Männlichkeitsnormen geraten gegenwärtig die diesen Konstruktionen zugrundeliegenden Normen in Bewegung (vgl. Lange 2003). Insofern bewirken neoliberale Politiken auch einen neuen Mix geschlechterbezogener Normen dieser bislang eher ‘männlich’ kodierten Subjektform: Auch Frauen sollen sich zunehmend als ‘Unternehmerinnen ihrer selbst’ verstehen und Berufs-, Beziehungs-, Familienalltag individuell

managen; als weibliche Kompetenz kodierte 'social skills' werden zu verallgemeinert angeforderten Subjekt-Kompetenzen. Mit der Entgrenzung von Arbeitsformen, der Trennung bzw. Neuordnung von Privatem und (Arbeits-)Öffentlichem verschieben sich auch geschlechtsspezifische Anforderungen an die und den „ArbeitskraftunternehmerIn“ (frei nach Voss/Pongratz).¹⁰ Zu diesen flexiblen Verschiebungen der Geschlechtergrenzen passt GM als ebenfalls flexible Strategie ausgezeichnet. Befreiung oder flexible Anpassung an neue Anforderungen des neoliberalen Kapitalismus? Hyöng/Schwerma sehen eher die positiven Möglichkeiten: Mit der Betonung der Frage nach den Wirkungen einer hierarchischen sozialen Geschlechterdifferenz verbinden sie die Hoffnung auf Verbindungen zu Queer-Theorien und Diskussionen um (De-)Konstruktion, Konstitution und Leiblichkeit von Geschlecht (2002, 60).

Ansätze der Queer Theory¹¹ haben zum Ausgangspunkt, die heteronormativen normalisierenden Bedingungen von Alltags- und Organisationskultur, von politischer Repräsentation und kulturellen Mustern herauszuarbeiten. Sie schlagen vor, das binär-zweigeschlechtlich kodierte Anordnungsmuster von Geschlechterkonstruktionen als wesentlichen Teil herrschaftsförmiger Geschlechterordnungen zu verstehen, die ihr Anderes, das Nicht-Männliche, das Nicht-Sagbare mit anordnen (vgl. auch Butler 2002). *Nicht* die *Anerkennung* bislang vernachlässigter oder abgewerteter Handlungs- und Empfindungsformen, nicht die *Inklusion* benachteiligter Identitäten kann hier Abhilfe schaffen, sondern eine Umorientierung von Praxen, sozusagen die Umdrehung der Perspektive: Über das Ausgeschlossene, für nicht-normal Erklärte wird deutlich, wie das Eingeschlossene beschränkt und abgegrenzt wird. Damit ist zunächst eine Wertigkeit in Frage gestellt, so die Kritik seitens queer-theoretischer Positionen (was hängt wovon ab, gewinnt Relevanz?). Zweitens weist eine solche Perspektive aber auch bislang übliche Strategien der Frauenförderung in ihre Schranken, weil sie, so *queer theories* und dekonstruktive Perspektiven (Bruhns 2002), letztlich an der Aufrechterhaltung dieser Zweigeschlechtlichkeit mitwirken: Frauen und Männer sollten institutionell nicht als einheitlich diskriminiertes oder schlechtergestelltes Geschlecht angesprochen, aber auch nicht einfach nach aussen positiv affirmiert werden. Komplexe Aufgaben für komplexe Geschlechterverständnisse ...

In der Praxis (z.B. in Gendertrainings; vgl. z.B. Czollek u.a. 2002) erweist es sich allerdings als nicht immer leicht, mit einer der Diskriminierungsperspektive entgegengestellten Strategie zu arbeiten, die Privilegienstrukturen markiert und sie in ihren Auswirkungen sichtbar machen will. Die Notwendigkeit von GM-Massnahmen legitimiert sich dort oft eher durch den „Gewinn“, den eine Organisation von der Durchführung solcher Massnahmen haben kann, also durch Effizienzsteigerung durch besseren Einsatz von ArbeitnehmerInnen gemäss ihrer Leistungsfähigkeit und durch organisationelle Modernisierung (Döge 2003), die letztlich Kreativitäts- und Innovationspotentiale freisetzt. Hier wird Gender zur produktiven Ressource von Organisations- und Unternehmensphilosophien: Die Gen-

der-Politik, von der „alle was haben“, ist verallgemeinerbar, was sich nicht rechnet, wird auch nicht verfolgt (vgl. auch Andresen 2002). Unter solchen Umständen bewegt sich GM aktuell eher zwischen dem einen Pol, „nur“ ein „Gleichstellungsabwehrlabel“ zu sein (Höyng; Schwerma 2002, 62) und dem anderen Pol, ein Konzept zu sein, das auf veränderte Identitätspolitiken und damit verbundene Ansprüche reagieren kann. Die Komplexität der Kategorie Geschlecht, die jede, jeden und alle einbindet, erfordert „eine kulturelle Antwort auf ein kulturelles Konglomerat von Hegemonie und kleinen Gewinnen, die jeder und jede situativ aus den Geschlechterhierarchien herauszieht“ (ebd.). Dabei „rechnet“ sich bislang vorwiegend der ArbeitnehmerInnenteil der Persönlichkeit, nicht die Privatperson.¹² Aber bedeutet nicht schon der Zwang, eine „win-win-Situation“ konstruieren zu müssen, für diejenigen AkteurInnen, die für und mit GM arbeiten, sich auf eine „Verkaufslogik“ beziehen zu müssen, die soziale Aktivitäten allein zu legitimieren scheinen und schmackhaft machen?

Gleichzeitig wird deutlich, was Strategien der Ent-Privilegierung heteronormativer Strukturen bedeuten müssten, die nicht einfach nur die Effizienzsteigerung des Betriebsoutputs im Auge haben: Es bedarf selbstverständlich weiterhin *empowerment*-Aktivitäten, um vielen weiblichen und wenigen männlichen marginalisierten Subjektpositionen Vernetzung zu ermöglichen, deren sie in bislang männerbündisch dominierten Organisationen ermangeln und die buchstäblich „queer“ zu den managementtheoretischen (De-)Legitimationsstrategien marktbezogener Selbstführung und der Führung von anderen liegen.

GM-Strategien tragen u.U. dazu bei, Artikulationsformen für die „Ökonomisierung des Sozialen“ (Miller/Rose 1994 und Rose [1996] 2000) mitzugestalten. Das heisst, je nach Kontext ‘übersetzen’ sie möglicherweise sehr vielgestaltige Geschlechter(selbst)konzepte in spezielle Subjektivierungspraktiken. Ob sie – dem Buchstaben nach – Gender in einen wie auch immer kontextuell genauer zu bestimmenden „Mainstream“ übertragen, oder aber als Ablösestrategie für Gleichstellungspolitiken fungieren – sie rufen bestimmte Praktiken auf, die sowohl die Führenden als auch die Geführten in spezielle Handlungs- und Erwartungshaltungen bringen und damit neu formulierte Selbstverhältnisse stiften. Diese Scharnierfunktion hatte Foucault für neue Subjektivierungsweisen im Neoliberalismus beschreiben wollen, als er sich Gedanken über die „Gouvernementalität“ qualitativ neuer Formen des Regierens und damit verbundener sozialer Anrufungsmuster machte ([1978] 2000). Eine der Kernüberlegungen Foucaults in diesem Zusammenhang war, dass Führung als Teil von Regieren nicht mehr im liberal-demokratischen Sinne über Souveränität, Autorität und darauf bezogene Regierungstechniken (in Betrieben, in staatlichen Institutionen parlamentarischer Demokratie, im Bereich sozialer Institutionen) funktioniert. Vielmehr greifen auf spezifische Weise Führung (von anderen) und Selbstführung von Individuen ineinander; spielen über die Figur der Selbstverantwortung aufgerufene Selbsttechnologien eine immer entscheidendere Rolle für neue Weisen der Subjektivierung, in die Selbst-

und Fremdkonstitution eingehen (Lemke et.al. 2000, 29). Disziplinierung und Selbstentwurf werden auf den Massstab des ökonomisch 'Möglichen' reduziert. Die Grenzen dieser schmalen Freiheit sind und bleiben letztlich aber die marktbezogener ökonomischer Rationalitäten, und damit geben sie für Individuen vor, sich unternehmerisch zu sich und ihrer Umwelt verhalten zu sollen. Den Selbstverhältnissen der Individuen wird dadurch eine *Entwicklungsrichtung* ihrer Selbstentfaltungspotentiale vorgegeben, die sie aber über ihre alltägliche Praxis stets neu bearbeiten und herstellen müssen.

Mit Foucaults Volte, nicht die Macht der Ökonomie zu untersuchen, sondern Ökonomie als Teil von Macht, öffnete er analytisch Perspektiven für die Vielgestaltigkeit von Regierungstechniken auf sehr unterschiedlichen Ebenen. Die Trennung von Ökonomie und Politik sind aus dieser Sicht selbst ein Effekt einer (liberalen) Regierungsweise, die zunehmend ihre Qualität und damit die „Topographie des Sozialen“ (Lemke et. al. 2000, 25) verändert. Für diese Topographie des Sozialen spielen ökonomische Rationalitäten eine immer überwältigendere Rolle. Nach Foucault beschreibt eine Perspektive gouvernementaler Regierungstechniken nicht in erster Linie Unterdrückung von Subjektivität, sondern vor allem ihre „(Selbst-)Produktion“, die Erfindung und Förderung von Selbsttechnologien, die an Regierungsziele gekoppelt werden können (Foucault 1987, zitiert nach Lemke 2000 et. al., 29).

An dieser Stelle wird deutlich, dass auch GM zum Arsenal von Führungstechniken und Selbsttechnologien gehört, die Selbst- und Fremdführung betreffen und die auf mehr zielen als reibungslosere bzw. weniger geschlechter-diskriminierende Abläufe. GM stellt bestimmte (funktionale?) Geschlechterkonsense neu mit her, ordnet Positionen, Selbstbeschreibungen und damit verbundene Selbsttechniken neu an. Trägt GM damit zu einer Befestigung von Zweigeschlechtlichkeit bei?

Ich möchte mit einer Perspektive von Ulrich Bröckling (2002a; 2002b) enden, die in neuen (vergeschlechtlichten) Subjektivierungsweisen eher einen Fluchtpunkt des Subjekts ausmacht, das damit nie *klare* Grenzen aufweist. Tendenziell sind dabei im neoliberalen Kontext einerseits verschärft repressive Subjekt-Techniken auffällig (workfare; verstärkte Sanktionen seitens des Staates, seine 'Klientel' unter Druck zu setzen; Umformulierung von Anspruchs- in Bedarfsgerechtigkeit etwa bei Lohnersatzleistungen des Arbeitslosengeldes etc.). Andererseits wird ein Bereich von Subjektpraktiken „gemainstreamt“, der Möglichkeiten und Grenzen des Geschlechter-Selbstentwurfs kanalisiert; wieviel Markt, soviel Selbstentwurf.

Kritik ist unverkäuflich. Von der Unterdrückung und Benachteiligung von Frauen und weiblich kodierten Subjektpositionen, also in den Worten von Robert Connell: von der „patriarchalen Dividende“ profitieren bislang noch immer zu viele, als dass sie freiwillig aufgegeben würde. Insofern wird eine GM-Politik, die nicht in Perspektiven und Horizonten einer weitgehenden Neudefinition sozialer Gerechtigkeit, Arbeitsteilung und Partizipati-

onschancen geerdet ist, immer nur zum instrumentell eingesetzten Kurzzeitkonzept hinreichen können.

Die Erwartungen an Konzepte von GM sollten dennoch nüchtern und skeptisch formuliert werden: GM schreibt nicht einmal erreichte Erfolge von Geschlechtergleichheit fest, sondern ist eher ein dynamisch aufzufassendes Konzept, das seine konkrete Ausgestaltung und damit Wirksamkeit über seine Umsetzungsbedingungen gewinnt. - Das radikale Potential ergibt sich aus der Perspektive eines nicht festschreibenden, sondern auf Geschlechterrelationen gerichteten Blicks, der die grundlegende Abhängigkeit *aller* von Geschlechterkonstruktionen und damit ihrer Anordnung in einem vergeschlechtlichten, vermachteten Raum verdeutlicht (vgl. auch Bereswill 2003). Doch dies steht, wie immer, nicht in Gesetzen und Verordnungen. Soziale Handlungsmöglichkeiten sind in den sozialen Bedingungen und widersprüchlich organisierten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen verankert, die Festschreibungen wie aber auch kritische, subversive Interpretationen und praktische geschlechterpolitische Umsetzungsmöglichkeiten strukturieren. Sie werden gegenwärtig von neoliberalen An- und Enteignungspolitiken herausgefordert, die Gleichheitsversprechen des fordistischen Sozialstaatsmodells umarbeiten oder ohnehin bereits jenseits davon ansetzen.

Anmerkungen

- 1 Dank an Regina Kirsch, Kassel, für Unterstützung und anregende Beratung zum Thema.
- 2 Allgemein formuliert, „bedeutet [GM], bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vorneherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt.“ (Der aktuelle Begriff 2002, S. 1)
- 3 GM wurde 1999 in die beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU eingeschrieben, die wiederum für die nationalen beschäftigungspolitischen Aktionspläne verbindlich sind. Vgl. auch Linde 2003 zur gleichzeitigen Entwicklung repräsentativ-politischer und wirtschaftsbezogener Ziele dieses Konzepts.
- 4 Seit 1999 ist GM flankierend zur Festschreibung substantieller Gleichstellungspolitiken in Grund- und Bundesgesetzen als durchgängiges Leitprinzip anerkannt. Insbesondere sind Bundesressorts verpflichtet, es in Gesetzgebungsprozessen zu berücksichtigen. In vielen Bereichen sind Pilotprojekte angestoßen worden. Beispielsweise im Bundesministerium für Soziales, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurde GM 1. als verwaltungsinternes Personalentwicklungsprojekt begonnen; 2. soll es bei Konzeption, Durchführung und Vergabe von Forschungsprojekten angewandt werden; 3. sollen Gesetzesfolgenabschätzungen z.B. des Altenhilfegesetzes gemacht werden; 4. werden Checklisten für Kabinettsvorlagen erarbeitet, um geschlechtsspezifische Fragestellungen in den Politikprozeß frühzeitig einzuspeisen; 5. sollen praktische Instrumente zur Umsetzung von GM entwickelt werden, beispielsweise für Träger der Jugendhilfe. (Der aktuelle Begriff 2002, S. 2/3)
- 5 Vgl. auch Brütt 2002 und Nohr in diesem Band.
- 6 Vgl. auch *femina politica*; Engendering der Makroökonomie, H. 1/2002 und Madörin in diesem Band.
- 7 Diese Spannung ist m.E. nicht ein Unfall der Geschichte, der auszubügeln wäre, sondern ein konstitutives Prinzip von Politik im Kapitalismus nördlicher Prägung.

- 8 Vgl. von Braunmühl 2000, 148/142. Ähnlich frustriert für den Hochschulbereich: Stein 2002.
- 9 Anders als Angelika Wetterer bin ich in diesem Sinn auch nicht der Ansicht, daß einfach „nur“ Zweigeschlechtlichkeit durch GM wieder hergestellt wird. Der neoliberale Kontext dieser Politiken verändert das Setting. Vgl. Dies. 2002.
- 10 Diese Überlegungen werden ausführlicher zu finden sein in Pühl 2003.
- 11 Vgl. z.B. Jagose 2001; Heidel u.a. 2001; Engel 2002.
- 12 Arlie Hochschild hat das anschaulich in ihrem Buch „Keine Zeit. Wenn die Arbeit zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet“, Opladen 2002, beschrieben.

Literatur

- Andresen, Sünne, 2002: Gender Mainstreaming: eine Strategie zum geschlechtergerechten Umbau von Organisationen? In: Nohr / Veth. Berlin
- Bakker, Isabella (Hg.), 1994: The Strategic Silence. Gender and Economic Policy. London
- Bereswill, Mechthild, 2003: Feministische und geschlechterdemokratische Perspektiven zwischen Anschluss, Abgrenzung und gegenseitiger Herausforderung. In: Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin
- Bröckling, Ulrich, 2002a: Jeder könnte, aber nicht alle können. Konturen eines unternehmerischen Selbst. In: Mittelweg 36, H. 4. Hamburg
- Bröckling, Ulrich, 2002b: Das unternehmerische Selbst und seine Geschlechter. Gender-Konstruktionen in Erfolgsratgebern. In: Leviathan: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, H. 2. Wiesbaden
- Bruhns, Kirsten, 1995: Frauenförderung und Dekonstruktion: Unvereinbarkeit oder Ungleichzeitigkeit? In: „Verwirrung der Geschlechter“: Dekonstruktion und Feminismus. Hg. von Erika Haas. München
- Brütt, Christian, 2002: Nach Hartz. Konsensualer „Neoliberalismus plus“. In: Das Argument, 247, Familie im Neoliberalismus, Berlin
- Bundesregierung Deutschland: Nationaler beschäftigungspolitischer Aktionsplan 2002, europa.eu.int/comm/employment_social/news/2002/may/nap2002/nap2002_de_de.pdf
- Butler, Judith, 2002: Zwischen den Geschlechtern. Eine Kritik der Gendernormen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33-34. Bonn
- Czollek, Leah C. / Heike Weinbach, 2002: Gender- und Gerechtigkeits-Trainings: Machtverhältnisse begreifen und verändern. In: Nohr / Veth. Berlin
- Der aktuelle Begriff, Nr. 43/02 vom 18.11.2002; Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages; www.bundestag.de/aktuell
- Döge, Peter, 2002: „Managing Gender“. Gender Mainstreaming als Gestaltung von Geschlechterverhältnissen. In: Aus Politik und Zeitgeschehen, B 33-34. Bonn
- Döge, Peter, 2003: Geschlechterdemokratie als Kritik hegemonialer Männlichkeit. In: Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin
- Engel, Antke, 2002: Wider die Eindeutigkeit. Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik der Repräsentation. Frankfurt/M., New York
- Foucault, Michel, [1978] 2000: Die Gouvernementalität. In: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Frankfurt/M.
- Foucault, Michel, 1987: Das Subjekt und die Macht. In: H.L. Dreyfus / Paul Rabinow: Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Frankfurt/M.
- Frey, Regina / Gabriele Zdunek, 2002: Gender Mainstreaming in der Entwicklungspolitik: Ansätze, Instrumente und Erfahrungen. In: Nohr / Veth. Berlin
- Heidel, Ulf / Stefan Micheler / Elisabeth Tuijter (Hg.), 2001: Jenseits der Geschlechtergrenzen. Sexualitäten, Identitäten und Körper in Perspektiven von Queer Studies. Hamburg
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), 2003: Geschlechterdemokratie wagen. Königstein/Ts.

- Höyng, Stephan / Klaus Schwerma, 2002: Gender Mainstreaming – Möglichkeiten und Grenzen aus der Perspektive von Männern. In: Nohr / Veth. Berlin
- Jagose, Annemarie, 2001: Queer Theory – Eine Einführung. Hg. von Corinna Genschel, Caren Lay, Nancy Wagenknecht und Volker Woltersdorff. Berlin
- Lange, Ralf, 2003: Management, Männlichkeit und Geschlechterdemokratie. In: Heinrich-Böll-Stiftung 2003. Berlin
- Lemke, Thomas / Krasmann, Susanne / Bröckling, Ulrich, 2000: Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M.
- Lessenich, Stephan, 2003: Im Dienste des grossen Ganzen. Die Ich-AG als Chiffre eines Umbruchs. In: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, Nr. 7, 7.2. Berlin
- Linde, Karin, 2003: Gender Mainstreaming – neuen Chancen für mehr Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt? In: Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin
- Miller, Peter / Nikolas Rose, 1994: Das ökonomische Leben regieren. In: Richard Schwarz (Hg.): Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault. Mainz
- Nohr, Barbara, 2002: Diversity, Total-E-Quality und Gedöhns. In: Nohr / Veth. Berlin
- Nohr, Barbara / Silke Veth (Hg.), 2002: Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen einer neuen Strategie. Berlin
- Pühl, Katharina, 2001: Geschlechterverhältnisse und die Veränderung von Staatlichkeit in Europa. Ansätze eines theoretischen Perspektivwechsels. In: Eva Kreisky / Birgit Sauer (Hg.): EU. Geschlecht. Staat. Wien
- Pühl, Katharina, 2003: Der Bericht der Hartz-Kommission und die 'UnternehmerInnen ihrer selbst': Überlegungen zu Geschlechterverhältnissen, Gouvernamentalität und Neoliberalismus. In: Encarnación Gutiérrez Rodríguez / Pieper, Marianne (Hg.): Gouvernamentalität und Subjektivität. (Erscheint demnächst)
- Pühl, Katharina / Susanne Schultz, 2001: Gouvernamentalität und Geschlecht – Über das Paradox der Festschreibung und Flexibilisierung der Geschlechterverhältnisse. In: Sabine Hess / Ramona Lenz (Hg.): Globalisierung und Geschlecht. Königstein/Ts.
- Rose, Nikolas, [1996] 2000: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M.
- Rosenstreich, Gabriele, 2001: Gendermainstreaming: für wen? In: Nohr / Veth. Berlin
- Schunter-Kleemann, Susanne, 2002: Gender Mainstreaming, Workfare und „Dritte Wege“ des Neoliberalismus. In: Nohr / Veth. Berlin
- Stein, Monika, 2002: Gender Mainstreaming – ein gleichstellungspolitisches Erfolgsrezept für Hochschulen? In: Nohr / Veth. Berlin
- von Braunmühl, Claudia, 2002: Gender Mainstreaming: neue Konzepte – neue Chancen? In: Nohr / Veth. Berlin
- von Braunmühl, Claudia, 2000: Mainstreaming Gender zwischen herrschaftskritischem und bürokratischem Diskurs. In: Karin Gabbert (Hg.): Geschlecht und Macht: Analysen und Berichte. Münster
- Wetterer, Angelika, 2002: Strategien rhetorischer Modernisierung. Gender Mainstreaming, Managing Diversity und die Professionalisierung der Gender-Expertinnen. In: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien, 3/2002. Bielefeld